

Kanton Luzern

Gebirgskantone weiter ohne Luzern

Konferenz Der Kanton Luzern stellt bei der Regierungskonferenz der Gebirgskantone kein Beitritts-gesuch. CVP-Kantonsrat Hans Lipp aus Flühi hatte den Regierungsrat mit einem Postulat aufgefordert, einen Beitritt zu prüfen. Lipp ist der Meinung, Luzern könne bei Themen wie der Raumordnung oder dem Tourismus von der Mitgliedschaft in der Konferenz profitieren. Laut dem Regierungsrat sind hingegen die bestehenden Mitgliedschaften, unter anderem in verschiedenen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen, ausreichend.

Hans Lipp kämpfte im Rat um sein Anliegen. Die Teilnahme an der Regierungskonferenz sei auch ein Zeichen gegen die Entwicklung zu einem Zentralstaat, in dem der Bund immer mehr Kompetenzen übernehme. Unterstützung erhielt er von der SVP: «Bergegebiete sollen eine Stimme erhalten», so Parteipräsidentin Angela Lüthold (Nottwil). Trotz mehrerer Fürsprecher stellte sich eine Ratsmehrheit auf die Seite der Regierung und lehnte das Postulat mit 58 zu 44 Stimmen ab. (avd)

Listen dürfen verbunden werden

Wahlen Listenverbindungen bleiben im Kanton Luzern erlaubt. Und es wird auch keine Beschränkung der Unterlisten auf eine Liste pro Partei geben – der Kantonsrat lehnte eine entsprechende Motion der SVP gestern mit 70 zu 40 Stimmen ab.

Neben der SVP-Fraktion stimmten auch CVP-Räte für den Vorstoss, den die Regierung zur Ablehnung empfahl. (nus)

Freie Fahrt für neue Autosteuern

Nach der Regierung spricht sich nun auch der Kantonsrat für eine auf Ökologie ausgerichtete Fahrzeugsteuer aus.

Alexander von Däniken

Nach dem Volks-Nein zum CO₂-Gesetz, das unter anderem strikere Vorgaben für Autoimporteure vorsah, setzt der Luzerner Kantonsrat ein Ausrufezeichen. Halter von Autos mit hohem CO₂-Ausstoss sollen künftig höhere Fahrzeugsteuern bezahlen, jene von Elektro- und Hybridfahrzeugen tiefere. Der Kantonsrat hat gestern eine Motion von Yvonne Hunkeler (CVP, Grosswangen) mit 80 zu 21 Stimmen erheblich erklärt.

Mit den Abklärungen beginnen das Justiz- und Sicherheits- sowie das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement umgehend. Das war die zentrale Forderung in Hunkelers Vorstoss. Die Massnahme taucht zwar auch im Planungsbericht zur Klima- und Energiepolitik auf. Dieser wird aber erst nächstes Jahr beraten. Der Regierungsrat erklärte sich bereits einverstanden mit der separaten, dringlichen Behandlung (Ausgabe vom 1. Juni).

SVP als einzige Partei dagegen

Aus dem Nein zum CO₂-Gesetz folgerte die SVP-Fraktion, dass die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern nicht dem aktuellen Wunsch der Bevölkerung entspreche. Daniel Keller (Udligenswil) stellte im Namen seiner Partei darum einen Ablehnungsantrag. «Diese Motion ist nach dem klaren Volks-Nein nicht opportun», so Keller. Eine Reform dieser Steuern habe der Kanton Luzern schon mehrfach abgelehnt. Zudem trage sie kaum zum Klimaschutz bei.



Höhere Steuern für Autos mit hohem CO₂-Ausstoss, tiefere für Elektroautos: Das prüft der Kanton Luzern jetzt. Bild: Pius Amrein (16. März 2020)

Michael Kurmann (CVP, Dagersellen), der seine abwesende Fraktionskollegin Yvonne Hunkeler vertrat, konterte: «Das CO₂-Gesetz ist von vielen abgelehnt worden, weil es überladen erschien. Genau das wollen wir mit der Motion verhindern.» Und da die SVP mit dem Volkswillen argumentiere, «zitiere ich gerne aus einer Bevölkerungsumfrage, wonach rund 60 Prozent der Luzernerinnen und Luzerner für ökologischere Steuern waren».

«Die Zeit läuft uns davon.»

Thomas Meier
FDP-Kantonsrat, Schenkon

Unabhängig vom Volkswillen, setzte Pius Müller (SVP, Schenkon) den Schlagabtausch fort, gefährde eine Reform der Fahrzeugsteuern die Einnahmen des Kantons für den Bau und Unterhalt der Strassen. «Die Reform ist der falsche Weg.» Dem setzte Müllers Kontrahent aus Schenkon, FDP-Kantonsrat Thomas Meier, entgegen: «Die Zeit läuft uns davon.» Dem schloss sich Jörg Meyer (SP, Adligenswil) an. Er bemerkte zudem, dass ausgerechnet die CVP

sich schon gegen eine solche Reform gestellt habe.

Angelina Spörri (GLP, Eschenbach) erläuterte, dass mit einer Massnahme aus dem Sparpaket KP17 ausgerechnet Halter von Elektro- und Hybridfahrzeug bestraft worden seien. Seit her seien die Diskussionen über die Steuer ein Trauerspiel gewesen. Was der zuständige Regierungsrat Paul Winiker über die Debatte dachte, ist nicht bekannt: Der SVP-Regierungsrat meldete sich nicht zu Wort.

Messerattacke auf Ehefrau

Weil sie ihn verlassen wollte, stach ein Portugiese auf seine Frau ein. Ihm drohen siebeneinhalb Jahre Haft.

Zwei Wochen nach ihrer Trennung hat sich ein portugiesisches Paar in der gemeinsamen Wohnung zur Aussprache getroffen. Die Frau kam dem Wunsch des Mannes nach, erschien aber mit ihrer Schwester, aus Angst vor ihrem Gatten, der sie schon oft bedroht hatte.

Geredet wurde an diesem Freitag, dem 13. Mai 2016, kaum. Der 51-Jährige, der sich am Dienstag vor dem Luzerner Kriminalgericht wegen versuchter vorsätzlicher Tötung, Freiheitsberaubung, Nötigung und Drohung verantworten musste, griff laut Anklageschrift der Staatsanwaltschaft seine Frau aus Eifersucht an, weil diese einen neuen Partner hat. Er warf sie zu Boden und fügte ihr mit einem Klappmesser Schnitt- und Stichverletzungen im Brustbereich, am Kinn, an Händen und Beinen zu. Der Schwester gelang es, den Beschuldigten mit all ihrer Kraft wegzustossen, worauf seine Ehefrau ins Badezimmer flüchten konnte. Die Wohnung zu verlassen, war keine Option, weil der Beschuldigte die Wohnungstür verriegelt hatte.

Bei der Verhandlung wollte der Richter vom Beschuldigten wissen, warum seine damalige Frau mit Schnittverletzungen ins Spital eingeliefert worden sei. Der Portugiese konnte es nicht erklären, liess er via Übersetzerin mitteilen. Er werde zwar dafür beschuldigt, aber er wisse nichts mehr: «No se.» Er ist sich offensichtlich keiner Schuld bewusst. Der Staatsanwalt beantragte eine Freiheitsstrafe von sieben-einhalb Jahren. «Der Beschuldigte wollte seine Frau umbringen. Das beweist die Vehemenz, mit der er die Bluttat beging. Er hat sie schon zuvor wiederholt bedroht und angegriffen.» Sein Suizidversuch trage nicht zu einer Strafmilderung bei.

Der Verteidiger malte ein anderes Bild. «Mein Mandant hat der Frau Leid zugefügt und er muss bestraft werden. Aber er wollte sie nicht töten. Wir wissen nicht, was sich abspielte. Die Frau könnte ins Messer gefasst haben, als er sie damit bedrohte», so seine Theorie. Er beantragte eine bedingte Freiheitsstrafe von sechs Monaten mit Probezeit von zwei Jahren. (rgf)

Neues Entsorgungsprojekt weckt Unmut

Die Entsorgung Region Zofingen (Erzo) will sich neu ausrichten – auch mit Gegenwind.

Tetrapaks, Verpackungen von Cherrytomaten, kaputte Büroklammern: Das und noch vieles mehr landet täglich in den Schweizer Abfallsäcken. Diese werden abgeholt und verbrannt – was mit Abfall eben geschieht, er ist ja schliesslich dreckig. Genau dieses Denken von «dreckigem Abfall» möchte die Entsorgung Region Zofingen «Erzo» ändern. Abfälle aus dem Wiggertal sollen künftig als wertvolle Ressourcen behandelt, energetisch genutzt und weiterverwendet werden.

Wie das gelingen könnte, haben die Verantwortlichen am Dienstagabend im Rahmen einer Versammlung erläutert: «Enphor ist der Grundstein für nächste oder gar übernächste Generation», sagte Bruno Aecherli, Stellvertretender Vorstandspräsident der Erzo. Das Projekt der Erzo nennt sich «Enphor» und steht für die Begriffe Energie, Phosphor und Recycling. Gerade Phosphor erlangt immer mehr Wichtigkeit, denn: Der Bund verlangt per 2026 das Recycling von Phosphor aus Klärschlamm. Die Rückgewin-

nung von Phosphor aus Klärschlamm benötigt jedoch viel Energie. Diese soll aus der geplanten Kehrrechtverbrennungsanlage kommen. Die Verantwortlichen sprechen von einem «wegweisenden Kreislauf-Wirtschaftsprojekt».

Projekt soll CO₂-neutralen Strom generieren

Dieses soll so funktionieren: Gesammelte Wertstoffe werden in der Erzo zwischengelagert und dann verbrannt, während Schadstoffe bei der Verbrennung gefiltert werden. Bei der Verbrennung entsteht Energie, die eine Turbine antreibt – diese erzeugt Strom. Dabei profitieren gemäss Angaben der Verantwortlichen 32 000 Abnehmer von CO₂-neutralem Strom.

Das Abwasser soll aufbereitet werden, und zwar folgendermassen: Einerseits wird der Sand gefiltert und deponiert. Andererseits zersetzen Bakterien die Wasserinhalte und setzen sich am Boden ab – so entsteht Klärschlamm. Dieser wird anschliessend getrocknet, wodurch eine Trockenmasse entsteht. Die

Masse wiederum wird in der Bauindustrie verbrannt. Somit können Baustoffe produziert werden. Durch dieses Verfahren gelingt es, Phosphor zu filtern. Dieser müsste ansonsten importiert werden. «Phosphor ist ein wichtiger Bestandteil in der Bauindustrie wie auch als Düngemittel in der Landwirtschaft», so Bruno Aecherli.

Gemeinden fühlen sich ungerecht behandelt

Es gibt vier verschiedene Szenarien, wie mit der ohnehin altersschwächelnden bestehenden Anlage weitergefahren werden soll. Das vom Vorstand bevorzugte sieht vor, dass der heutige Verband in einen Abwasserverband und einen Kehrrechtverband gesplittet und das Projekt durch eine Aktiengesellschaft realisiert.

Wie sich an der Versammlung zeigte, sind nicht alle beteiligten Gemeinden vom Vorhaben des Vorstandes begeistert. So befürwortet ein Gemeindevertreter zwar die Vision, welche er als gut betitelt. Aber: Eine Gemeinde habe primär die Aufgabe, den

Haus- und Industrieabfall zu entsorgen, und das auf dem sinnvollsten und kürzesten Wege. Die Gemeinde hätte nicht den Auftrag, ein Geschäft zu öffnen und Gewinn abzuschöpfen. Gebühren sollen gesenkt werden. Es sei ein Hin und Her mit der Abschaltung des Ofens, der bereits 2018 hätte erfolgen sollen.

Wie weitere Gemeindeglieder beanstandete der Mann die fehlende Kommunikation des Vorstandes. Auf diese Vorwürfe ging der Vorstand kaum ein. Im Nachgang dazu sagt jedoch Bruno Aecherli: «Dem Vorstand ist eine transparente und vollständige Information wichtig. Möglicherweise haben wir die politische Sensibilität etwas unterschätzt. Zugleich betont Aecherli, dass eben erst eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde: «Deren Ergebnisse werden wir sofort teilen, wenn sie vorliegen.» Er ist überzeugt, dass jedes Projekt «durch oder eben mit viel Gegenwind segeln muss, das zeichnet eben ein visionäres Projekt aus.»

Chiara Z'Graggen